

(Staatssekretär Prof. Dr. Merten)

die Lernsituation von Schülerinnen und Schülern. Es verbessert die Betreuungsqualität und - das ist besonders wichtig - es erhöht die Zufriedenheit bei den Pädagoginnen und Pädagogen und bei den Eltern. Mit einem Wort: Die wissenschaftliche Prüfung der bisherigen Modellversuche an Thüringer Grundschulen haben positive Ergebnisse gezeigt. Da kann man schlechterdings wohl kaum von irgendeiner Art von Lightversion oder davon, irgendetwas kaputt machen zu wollen, sprechen. Das trifft die Realität, die sich im Moment in unseren Orten vollzieht, nicht. Allerdings - und das will ich gar nicht verhehlen - gibt es auch kritische Stimmen, und zwar aus dem Bereich der Kommunen. Sie befürchten eine nicht ausreichende Finanzierung für ihre Gemeinden. Dazu passt die aktuelle Nachricht aus dem Gemeinde- und Städtebund. Er, so ist zu hören, lehnt eine Übertragung ab. Ganz anders positioniert sich der Thüringische Landkreistag. Er fordert eine sofortige Kommunalisierung. So viel vielleicht zum Thema kommunale Familie und die Einheitlichkeit dessen, was da gesagt wird. Sie sehen auch, hier ist also noch einiges zu besprechen und offensichtlich braucht man hier noch eine Art Mediation.

Meine Damen und Herren, fest steht - und das hat der Minister immer wiederholt gesagt -, ein Selbstläufer ist die Kommunalisierung der Grundschulorte keineswegs. Nun stellt sich die Frage: Wie geht es weiter? Wir setzen die Gespräche mit den Partnern der staatlichen Schulämter und Grundschulen fort und dazu finden mit Beginn des neuen Schuljahres Regionalkonferenzen in den 11 Schulämtern statt. Die Auftaktveranstaltung war bereits kürzlich, nämlich am 30. Juni im TMBWK.

Zu den Beratungen in den staatlichen Schulämtern werden auch Elternvertreter und Personalvertretungen eingeladen, weil wir natürlich auch sie aktiv beteiligen wollen. Die Art und Weise bzw. der Umfang der Ausstattung der Schulträger mit finanziellen Mitteln zur Gestaltung des Modellvorhabens wird in den laufenden Gesprächen zu klären sein. Also auch hier wird man nicht von „kaputtsparen“ sprechen können, bevor wir die Ergebnisse kennen. Warten wir mal die Ergebnisse ab, ich glaube, dann sehen wir weiter. Auch der Hinweis, dass es hier um schnöden Mammon ginge; ja natürlich geht es auch um Geld, das ist doch ganz selbstverständlich, und zwar um große Summen. Wer wollte das bestreiten? Aber wer in der politischen Verantwortung steht, muss auch diese Summen verantworten und schauen, dass er mit dem Haushalt klarkommt. Das ist ein Teil der Logik.

Unser Ziel bleibt es, im Herbst eine Entscheidung zu treffen. Daran halten wir fest. Es geht aber heute nicht - und das ist hier auch jetzt gefordert worden von der Abgeordneten Frau Sojka - um das Thema kostenloses Essen, es geht heute nicht um das Thema gebundene Ganztagschule, sondern es

geht um das Thema „Modellvorhaben - Weiterentwicklung der Thüringer Grundschulen“. Ich glaube, man muss es auch zentrieren, denn man kann, wie gesagt, alles mit allem verbinden, wird dann allerdings handlungsunfähig. Wir möchten gern handlungsfähig bleiben, weil hier tatsächlich Entscheidungszwänge anstehen, die wir gern auch realisieren wollen. Ich halte es mit der Vorstellung, dass man es zentriert auf das, womit wir es zu tun haben, und das ist das Thema Weiterentwicklung des Modellvorhabens oder, um es mit Friedrich Bouterwek zu sagen: „Biegt man das Rohr zu stark, so bricht's, und wer zu viel will, der will nichts.“ Also, ich will schon noch was. Schon heute lässt sich sagen, alle Beteiligten arbeiten engagiert auch an einer künftig tragfähigen Lösung, und zwar an einer für alle tragfähigen Lösung. Gemeinsam leisten wir einen ganz wesentlichen Beitrag, um die Bildungschancen unserer Kinder frühzeitig durch individuelle Förderung zu verbessern. Ich glaube, das ist auch das gemeinsame Ziel und das ist auch das, was wir als Zielperspektive mit im Blick haben, was wir in den nächsten Wochen und Monaten in notwendigen Verhandlungen und Gesprächen dann auch tatsächlich realisieren werden. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit ist auch die Redezeit in diesem Teil der Aktuellen Stunde erschöpft.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Für das Protokoll: Kein Applaus!)

Ich schliesse diesen Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **vierten Teil**

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Auswirkungen des EU-Finanzrahmens 2014 - 2020 auf Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/3008 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Augsten.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Thüringen hat seit der Wiedervereinigung eine gute Entwicklung genommen und das wäre ohne die finanzielle Unterstützung seitens der EU sicher nicht möglich gewesen. Ich war seit 1994 langjähriges Mitglied des Begleitausschusses für die EU-Strukturfonds und habe dort im Prinzip seit 1994 alle diese Operationellen Programme mit entwickelt, kontrolliert und evaluiert und weiß deswegen auch, wo-

(Abg. Dr. Augsten)

von ich rede. Es gibt eine ganze Menge Projekte, die wir dort intensiv diskutiert haben. Auch wenn die Umweltverbände und die GRÜNEN dort so manche Maßnahme kritisiert haben, ich denke da an überdimensionierte Abwasserbehandlungsanlagen, ich denke an die ebenso überdimensionierten Gewerbegebiete auf der grünen Wiese oder an so manche Luxusausführung bei Straßen, so bleibt es doch dabei, dass gerade Umwelt und Naturschutz in dieser Zeit sehr profitiert haben. Auch dort hat die DDR einen Scherbenhaufen hinterlassen. Stichworte „Atlanten“ und „Anschlussgrad bei Abwasser“ zeigen, dass dort mit EU-Mitteln sehr vernünftige Dinge passiert sind. Um diesen ersten Gedanken zusammenzufassen: Ohne die über 8 Mrd. €, die seitdem aus Brüssel nach Thüringen geflossen sind, würde Thüringen nicht stehen, wo es steht.

Meine Damen und Herren, Thüringen gehört damit offensichtlich zu den Profiteuren der EU-Finanzpolitik als typisches Ziel-1-Fördergebiet mit der höchsten Förderwertigkeit. Insofern waren alle gespannt, was am 30.06. seitens der EU-Kommission auf den Tisch gelegt wird. Es gab im Vorfeld einige doch heftige Äußerungen, dass man in einigen Bereichen deutliche Kürzungen vornehmen will. Wir im Agrarbereich waren, glaube ich, alle sehr erschrocken, als Herr Barroso kurz vorher noch in die Welt gesetzt hat, dass man die gesamte zweite Säule einkassieren will. Das sind genau die Umweltmaßnahmen, auf die wir in Thüringen großen Wert legen. Insofern war nachher vielleicht der Schreck nicht allzu groß, als am 30.06. die EU-Kommission die finanzielle Vorausschau bzw. den Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 vorgelegt hat.

Ich möchte das aus unserer Sicht bewerten. Ich fange mal mit dem Positiven an. Die Tatsache, dass sich die EU-Kommission darauf verständigt hat, es bei dem 1 Prozent Bruttoinlandsprodukt der Geberländer zu lassen, ist sehr vernünftig. Wir haben in den Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene viele Dinge zu erledigen, die dort nicht mehr Spielraum zulassen. Dass die EU dort mehr Wert auf Eigenverantwortung und Eigenleistung legt, finden wir gut. Ebenso begrüßen wir die Entscheidung bezüglich der Kohäsionsmittel. Auch hier 36 Prozent weiterhin für das Zusammenwachsen der Regionen in Europa ist, glaube ich, gerade mit Blick auf Osteuropa eine richtige Entscheidung.

Es gab ja große Befürchtungen, dass es bei den EU-Strukturfonds - und da geht es ja im Prinzip um diese über 8 Mrd. € - deutliche Kürzungen geben wird. Angesichts der Tatsache, dass wir jetzt bei minus 30 Prozent etwa liegen, sprechen einige von einer sanften Landung. Angesichts dessen, dass das auch hätte viel schlimmer ausgehen können, sind wir, glaube ich, dort auch gut bedient und können vor allen Dingen gut planen. Was uns natürlich aufseiten der GRÜNEN sehr gefreut hat, dass es

dort ganz eindeutige Kriterien gibt in Richtung Greening, ich sage mal „Grünmachen der Maßnahmen“. Das fängt bei Klimaschutz an, das geht bei Energieeinsparung weiter. Wenn man dezidiert in diesen Vorschlag hineinschreibt, dass klimaschädliche Maßnahmen nicht mehr förderwürdig sind, dann ist das natürlich etwas, was wir ausdrücklich unterstützen als GRÜNE.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum Agrarbereich wäre ganz viel zu sagen. Sie können sich vorstellen, dass mir das besonders auf den Nägeln brennt. Die Tatsache, dass wir von einer jährlichen Summe von 59 Mrd. € auf 53 Mrd. € heruntergehen, macht ja schon deutlich, dass dort wesentlich weniger Geld in die Landwirtschaft fließt. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass wir natürlich eine deutliche Umverteilung in Richtung Osteuropa haben werden. Das ist für mich keine Neiddebatte, sondern wir reden über Finanzierungen von 2020. Dort werden natürlich auch in Osteuropa die Kosten für die Landwirte steigen. Insofern ist eine Anpassung der Förderhöhen hier notwendig. Das geht zu unseren Lasten, aber das bringt, glaube ich, die Gerechtigkeit auch dann mit sich.

Meine Damen und Herren, ich möchte schließen erst mal mit einer wesentlichen Kritik, die wir haben, und dann noch mit einer ganz klaren Ansage in Richtung Landesregierung, die uns wichtig ist. Die Hauptkritik an diesem Vorschlag findet aus unserer Sicht im Bereich Umwelt/Naturschutz statt. Es gibt ein einziges richtiges typisches Umweltprogramm, das ist das Programm LIFE. Da gab es viele Hinweise von Expertinnen und Experten, dass dort deutlich mehr Geld hinein muss. Die Tatsache, dass wesentlich mehr Anträge abgelehnt werden müssen, weil kein Geld da ist, als bewilligt werden, ist ein deutliches Zeichen, dass wir mehr Geld gewollt hätten. Das ist nicht passiert.

Meine Damen und Herren, die klare Ansage, die ich machen möchte, am Montag hat Minister Machnig den Trendatlas vorgestellt. Dort hat sich wie ein roter Faden durchgezogen, dass man doch die Stärken stärken müsste. Ich glaube, dass die EU mit all den finanziellen Unterstützungen in Thüringen immer deutlich gemacht hat, dass es hier darum geht, Entwicklungsrückstände auszugleichen, Ausgleich zu schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es jetzt darauf hinausläuft, dass Herr Machnig das Geld in Zukunft von der EU entlang der Autobahn ausgeben will, dann sage ich, nicht mit uns,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wir werden das Aufstellen des nächsten Operationellen Programms mit Blick in den ländlichen Raum ganz entscheidend und kritisch begleiten, denn es

(Abg. Dr. Augsten)

geht nicht, dass wir das Geld dann nur in die Leuchttürme stecken, sondern wir brauchen das Geld dann im ganzen Land. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Primas zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorschläge zum Finanzrahmen liegen nun vor, sind auf dem Tisch, am Ende kommt es aber darauf an, was im Herbst dann im Rechtstext der Kommission stehen wird. Dann müssen wir mal schauen, wie die Mitgliedstaaten reagieren und wie das Europäische Parlament dann endgültig darüber entscheidet.

Wir haben lesen können, dass das im Agrarbereich, Herr Augsten hat es schon gesagt, ab 2014 53 Mrd. € statt 59 sein werden. Die Auswirkungen auf die Thüringer Landwirtschaft werden wie die daneben noch erforderliche Umverteilung von Mitteln im Agrarhaushalt zwischen den Mitgliedstaaten Probleme bringen. Aber wenn das langsam abgefedert wird, dann ist das auch vernünftig. Die Solidarität muss kommen, aber es kann nicht abrupt sein. Das wird auch noch zu Diskussionen führen, das Überlegen, wie das funktionieren kann, die Entwicklungsrückstände müssen aber abgeschafft werden. Darüber sind wir uns völlig einig und klar.

Insgesamt kürzen wir um ein Drittel. Das wird in Thüringen schon erheblichen Umfang haben, meine Damen und Herren. Es ist ja nun aber nicht so, dass der Berufsstand nicht vorbereitet wäre. Wir reden ja nun lange genug darüber, auch der Berufsstand, und die nun verkündeten Fakten überraschen eigentlich nicht, so kann man es sagen. Was aber noch dazukommt, was die Lage in Thüringen und in Ostdeutschland verschlimmert, das ist die Kappung, sind diese Probleme, die dadurch entstehen, Kappung der Direktzahlung in Abhängigkeit von der Größe der betroffenen Betriebe. Die Kappung benachteiligt die in Thüringen nach 1990 erfolgreich etablierten größeren Betriebe ganz erheblich.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist nicht hinnehmbar. Das ist zu deutlich für mich, das kann nicht sein.

(Beifall DIE LINKE)

Das wird am Ende dazu führen, ich weiß nicht, wenn das ganz derb kommt, dass sich verschiedene Betriebe ganz abwenden davon und verzichten auf die Direktzahlungen und sagen, dann mache ich das überhaupt nicht mehr, das bringt uns nichts

mehr. Das wäre aber kontraproduktiv, das können wir nicht so wollen. Das ist eine Geschichte, die gefällt uns überhaupt nicht. Darüber müssen wir diskutieren, was ist dabei vernünftig? Wir machen jetzt nicht eine EU-Agrarpolitik für Kleinstbetriebe. Das kann es nicht sein. Wir haben mit Agrarpolitik die Ernährung der Bevölkerung zu sichern und das kriegen wir auf Dauer nicht hin mit 7-ha-Betrieben. Das wird nichts werden. Das heißt, wir brauchen wettbewerbsfähige Strukturen und die haben wir halt mal. Es ist jetzt im Gange, diese kaputt zu machen und darüber zu diskutieren, können wir nicht andere Rechtsformen finden? Können wir nicht Familienbetriebe wieder aufdröseln? Das ist Wahnsinn, was da ablaufen wird, das bringt es überhaupt nicht. Nun kommt die Diskussion noch zu dem Greening. Dazu muss ich natürlich was sagen, das ist eine ganz besondere Problematik für uns in Thüringen.

Herr Dr. Augsten, das ist ein Stückchen, ich weiß nicht, wie ich es sagen soll, aber es klingt ein bisschen höhnisch, wenn die die Schuld nun auch noch den Betrieben geben, die sich - dem Bauernverband und den Ministerien - dagegen wehren. Sie haben ausgeführt, wenn ich Sie zitieren darf: „Leider haben sowohl die berufsständische Vertretung als auch die Mehrheit der Agrarminister Agrarminister Ciolos mit seinen Plänen zum ‚Greening der Direktzahlungen‘ die Unterstützung verweigert. Dieser aus unserer Sicht längst fällige und notwendige Schritt zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Unterstützung der Landwirtschaft hätte es der EU-Kommission nicht so leicht gemacht, die beträchtlichen Kürzungen im Agrarhaushalt vorzunehmen.“ So weit das Zitat. Glückwunsch, der Bauernverband ist selber schuld, Herr Kliem wird sich über diese Aussage ganz bestimmt freuen, da bin ich mir eigentlich sicher.

Die Thüringer Landwirte machen bereits jetzt - noch mal deutlich - Landwirtschaft mit der Natur und nicht gegen die Natur. Sie erhalten auch heute schon Beihilfe nur, wenn umfangreiche Umweltanforderungen erfüllt werden, und das erheblich über den Anforderungen, die andere haben. Bei einem künftigen Greening geht es uns darum, zu sagen, all das, was wir bereits haben, muss anerkannt werden. Darüber hinaus muss man sehen, was man noch machen kann. Aber es kann nicht sein, dass wir wieder ganz was Neues organisieren müssen, und das, was wir bereits haben, wird nicht akzeptiert. Das haben wir so oft erlebt. Das kann es nicht sein. Ich denke mal, dass diese Agrarumweltleistungen, die im Prinzip unsere Betriebe schon im Sinne von Greening bringen, anerkannt werden sollten. Das ist richtig. Das Agrarbudget ist der größte Teil im EU-Haushalt, wir wissen das schon, aber unsere Landwirte brauchen Planungssicherheit. Da muss irgendwann mal klar sein, so ist es und dann kommen wir auch weiter.